

C. Sachanträge an den 12. Landesparteitag

C.1. ZEIT FÜR VERÄNDERUNG - DEN AUFBRUCH ERMÖGLICHEN Strategische Eckpunkte für DIE LINKE. Sachsen

ÄC.1.21. Änderungsantrag zum Sachantrag C.1. – 2. Zeit für Veränderung

EinreicherInnen: Antje Feiks, Stefan Hartmann

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Streiche in Zeile 151 – 152:

„Die bisherige strategische Fixierung auf ein vermeintlich „linkes Lager“ und damit auf eine rot-rot-grüne Regierungsbildung ist zu revidieren.“

Begründung:

Die strategische Orientierung (bisherige strategische Fixierung) hat nicht darin bestanden, auf ein „vermeintlich linkes Lager“ abzustellen usw. Daher sollten keine faktenwidrigen Behauptungen beschlossen werden - zumal die nachfolgenden Formulierungen dieser Behauptung gar nicht bedürfen.

Zur Information über die strategische Orientierung im Folgenden nochmal die entsprechenden Auszüge aus der Wahlstrategie 2014, die zeigen, dass die Einschätzung der Situation erheblich differenzierter, als von den Antragstellern behauptet wird, ist:

„DIE LINKE. Sachsen strebt an, die amtierende Landesregierung abzulösen. Die Zeit ist reif dafür, die CDU in die Opposition zu schicken und mit dem politischen Wechsel eine kulturelle Wende einzuleiten. Wir sind die Herausforderin der CDU. DIE LINKE. Sachsen lädt SPD und Grünen daher ein, gemeinsam, solidarisch und auf Augenhöhe einen tatsächlichen Politikwechsel und ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis zu ermöglichen.

DIE LINKE. Sachsen wird gleichwohl einen eigenständigen und selbstbewussten Wahlkampf führen. Im Dialog mit den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern werben und kämpfen wir für einen Politik- und Kulturwechsel sowie für ein demokratisches, soziales, ökologisches und tolerantes Sachsen. Wer den Politikwechsel möchte, gibt seine Stimme der Partei DIE LINKE. Sachsen. Wir sind das Original. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie, individuelle Freiheit und für die Ablösung der CDU. Als einzige demokratische Kraft schließen wir aus, nach der Wahl eine Koalition mit der CDU einzugehen. Wer DIE LINKE. Sachsen wählt, kann sicher sein, keine Stimme für Tillich und die Verlängerung christdemokratischer Dauerregentschaft abzugeben.

DIE LINKE. Sachsen wirkt, während andere Parteien reagieren. Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung gibt es nur durch Druck von links.

Wer DIE LINKE. Sachsen wählt, wählt die soziale Alternative. DIE LINKE. Sachsen ist bereit, die Verantwortung zu übernehmen, welche uns die Wählerinnen und Wähler übertragen. Wir machen – egal in welcher Konstellation – Druck für soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt.

...

DIE LINKE. Sachsen geht in diesen Wahlkampf als Gestaltungsalternative zur amtierenden Landesregierung. Wir erklären deutlich, dass wir die CDU ablösen wollen und bereit sind, mit SPD und

Grünen Regierungsverantwortung zu übernehmen. Entscheidend ist aber für uns nicht die bloße Regierungsbeteiligung, sondern der Politikwechsel.

Die Notwendigkeit für einen politischen Wechsel in Sachsen ergibt sich nicht aus einer wie auch immer gearteten Umfragearithmetik, sondern aus der sozial-ökonomischen Lage großer Bevölkerungsteile.

Uns geht es nicht um uns selbst – wir sind nicht scharf darauf, den Ministerpräsidenten zu stellen oder Minister- und Staatssekretärsposten zu ergattern. Aber wir erklären im Wahlkampf selbstbewusst, dass wir besser regieren können als die amtierende Landesregierung. Während das Kabinett Tillich nur passiv verwaltet, würde eine rot-rot-grüne Regierung das Land mit den Menschen aktiv gemeinsam gestalten.

DIE LINKE. Sachsen geht in die Landtagswahl als eigenständige politische Kraft. Sie ist Herausforderin der CDU. Sie richtet ein Angebot nicht nur an die sächsischen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch an SPD und Grünen, einen Politikwechsel im Freistaat jenseits der CDU einzuleiten.

Die SPD und die Grünen senden dabei widersprüchliche Signale. Klar ist nur eins – sie möchten regieren. Dabei versuchen sich beide Parteien in einer Haltung der Äquidistanz zur CDU einerseits und zur LINKEN andererseits. Die Möglichkeit, die CDU durch eine klare und mehrheitsfähige Regierungsalternative unter Druck zu setzen, wird dadurch unterminiert.

Da die SPD bei den letzten drei Landtagswahlen höchstens ein Viertel der Stimmen der Union und die Hälfte der Stimmen der LINKEN erhalten hat, bleibt ihr letztlich nur die Rolle der Bewerberin um eine Juniorpartnerschaft. Gegenüber der CDU versucht sich die sächsische SPD als „soziales Korrektiv“ zu etablieren, das allerdings solide und seriös genug ist, um die wirtschaftlichen Interessen nicht zu vernachlässigen. Daraus folgt die Argumentation, dass eine stärkere SPD in einer Regierung mit der Union natürlich auch stärker soziale Aspekte mit einbringen kann. Besonderes Augenmerk wird von der SPD auf die klassischen sozialdemokratischen Themenfelder gelegt, wie z.B. Bildung bzw. Aufstieg durch Bildung. Durch die deutliche Distanz zur LINKEN und gleichzeitig klaren Aussage, auch mit der CDU regieren zu können, wird der SPD die Profilierung im Wahlkampf schwer fallen.

Die Grünen zeigen sich bisher relativ unentschieden. Die sehr klaren Aussagen der Fraktionsvorsitzenden und Mit-Spitzenkandidatin Hermenau in Richtung einer schwarz-grünen Koalition werden relativiert durch Parteitagsbeschlüsse und Personalentscheidungen, die auch eine rot-rot-grüne Option offen halten. Somit sind die Grünen ähnlich wie die SPD in der Position, sich beide Optionen offen halten zu wollen. Nach der den eigenen, grünen Ansprüchen nach schlecht verlaufenen Bundestagswahl werden nunmehr wieder stärker grüne Kernthemen im Wahlkampf aufgerufen. Für die Mobilisierung der grünen Wählerinnen- und Wählerpotenziale in den Großstädten kann sich die mögliche Hinwendung zur Union als problematisch erweisen.

Aus dem Umstand heraus, dass SPD und Grüne ihren Wahlkampf ebenfalls unter das Credo eines „Politikwechsels“ stellen werden, sich jedoch gleichermaßen eine Koalition mit der LINKEN wie mit der Union vorstellen können, wird es eine Aufgabe sein, im Wahlkampf auf das Glaubwürdigkeitsproblem beider Parteien hinzuweisen. Eine Koalition mit der CDU käme lediglich einem „kleinen“ Regierungswechsel gleich, nicht jedoch einem Regierungswechsel, da SPD und Grüne aufgrund ihrer eigenen Schwäche und inhaltlichen Differenzen zur CDU keine führende Rolle innerhalb einer Koalition mit der Union übernehmen und deshalb bestenfalls Verhinderungsmacht, aber keine wirkliche Gestaltungsmacht entfalten könnten. Der von ihnen postulierte Politikwechsel bliebe aus.

Entscheidung des Parteitages:

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltung: _____

Bemerkung: _____